

Der bewaffnete Konflikt im Kosovo

Eine militäranalytische Betrachtung

1. Vorbemerkung

Spätestens mit September 1997, als zehn Überfälle - zeitlich und räumlich koordiniert - auf serbische öffentliche Einrichtungen Aufsehen erregten, wurde offenbar, dass neben der gewaltverneinenden Politik des Albanerführers Ibrahim Rugova auch bewaffneter Widerstand gegen die serbische Dominanz in der südserbischen Provinz Kosovo Platz griff. Der Überfall auf eine Polizeipatrouille sowie das erstmalige öffentliche Auftreten von drei uniformierten Kämpfern anlässlich eines Begräbnisses im November in der Drenica-Region brachten die Bestätigung für die Existenz eines bewaffneten Widerstandes, der sich als UÇK (Ushtria Clirimtare e Kosoves, Befreiungsarmee des Kosovo) bezeichnete.

Die gewählte Vertretung der Albaner unter Präsident Rugova reagierte zunächst skeptisch bis ablehnend auf die Anschläge, der Verdacht serbischer Unterwanderung durch den Geheimdienst und Provokation wurde offen ausgesprochen. Verstärkt wurde die Unsicherheit durch die Tatsache, dass die Führung der Befreiungsarmee, der sogenannte Zentralstab absolut geheim operierte. Als Erklärung dafür kann einerseits die Angst vor Unterwanderung, andererseits die dadurch gegebene größere Handlungsfreiheit dienen. Bekennerschreiben in Form von Kommunikues dienten in der Phase bis Mitte Juni als einziges Kommunikationsmittel, die Ernennung eines offiziellen Sprechers (Jakup Krasniqi) verdichtete eher den Schleier, als dass es ihn lüftete.¹

2. Sezessionskrieg im Kosovo

Die Vorgänge im Kosovo stellen eine Erscheinungsform eines innerstaatlichen Konfliktes dar. Die Forderung aller kosovarischen Albanervertreter nach Unabhängigkeit ist omnipräsent, sämtliche Verhandlungsvorschläge der internationalen Gemeinschaft, zumeist vorgetragen von US-amerikanischer Seite, werden daran gemessen. Die Kriterien eines Unabhängigkeitskrieges sind längst erfüllt, die Prolongierung manifestiert sich in tagtäglichem Kampfhandlungen, die mittlerweile seit einem Jahr andauern. Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) wertet die Vorgänge im Kosovo 1998 in der Rubrik "Autonomie- und Sezessionskrieg".²

Als zentrale Merkmale sind das Auftreten der serbischen Zentralgewalt in Gestalt der Polizei- und Militärkräfte und der albanischen Bevölkerungsmehrheit dieser Region in Form des politischen Vertreters Präsident Rugova sowie des gewaltsamen Widerstandes durch die Befreiungsarmee anzusprechen. Während die serbische Führung insgesamt sehr geschlossen auftrat und -tritt, erscheint die albanische Position über weite Strecken durch divergierende Auffassungen und Meinungen geschwächt.

Es ist dennoch zulässig, die albanische Bevölkerungsmehrheit des Kosovo als autonome politische Gemeinschaft zu klassifizieren³ Dies vor allem deshalb, weil die Ablehnung der serbischen Dominanz weiterhin alle Albaner als einigende Klammer umgibt. Für die weitere Betrachtung ist diese Klassifizierung nur von sekundärem Interesse, sie rückt allerdings bestimmte Vorgänge und die Verwendung spezieller völkerrechtlicher Termini in ein entsprechendes Licht.

¹ Vgl. APA 494: UÇK hält großes Gebiet — Drenica und Junik Hauptzentren, 29. 6. 1998.

² Gespräch des Verfassers mit Angehörigen der AKUF am 21. 12. 1998 in Hamburg.

³ Vgl. Gustenau, G.: Zum Begriff des bewaffneten Konfliktes. In: ÖMZ 1/1992, S. 48.

3. Die Akteure und ihre politisch-strategischen Zielsetzungen

3.1 Serbien

Seit Aufhebung des Autonomiestatus im Jahre 1989 auf Betreiben Miloševićs war klar zu erkennen, dass dieses Territorium für seine Machtergreifung und den Machterhalt von zentraler Bedeutung ist. War die Aufmerksamkeit der jugoslawischen Zentralregierung lange Zeit auf die Vorgänge in Bosnien fokussiert, änderte sich dies mit dem wachsenden Kosovo-albanischen Widerstand spätestens ab 1996.

Milošević brachte unmißverständlich zum Ausdruck, daß ämtliche albanische Gewaltaktionen als terroristische Aktivitäten einzustufen seien, denen der Staat energisch entgegenzutreten müsse. Verhandlungen wären dabei kein Mittel der Konfliktbewältigung, der Terrorismus sei auszurotten. Für die serbische Seite stellt daher bereits die Diskussion oder Infragestellung des Status des Kosovo eine Zumutung dar, vor allem, wenn dieses Ansinnen von internationaler Seite herangetragen wird.

Somit existiert eigentlich kein essentieller Verhandlungsspielraum, das Vorgehen Serbiens erfolgt nach der Prämisse eines Erhaltes des politisch-territorialen Status quo. Das bisherige Handlungsspektrum reichte dabei von politischen Forderungen an die albanische Bevölkerung bis zum direkten Einsatz von bewaffneten Kräften. Als Spezifikum verkompliziert jedoch Miloševićs Streben nach Machterhalt die Situation, welches die eigentliche Triebfeder seines Handelns darstellt.⁴ Diese ausschließliche Orientierung verunmöglicht Prognosen, da sowohl ein unverrückbares Festhalten als auch ein überraschendes Abrücken von bisherigen Positionen in seinem Handlungsspektrum enthalten sind - je nach Opportunität. Da die albanische Bevölkerungsgruppe annähernd 90% der Gesamtbevölkerung des Kosovo beträgt, kann sich Serbien nur auf eine marginale Sympathisantengruppe abstützen. Ein Faktor, der Aufstandsbekämpfung zusätzlich erschwert.

Teilstrategische Realisierungsschritte zur Erhaltung des Status quo

Nach Erwachen des internationalen Interesses an den Vorgängen im Kosovo lag der serbischen und jugoslawischen Staatsführung besonders daran, externe Einflussnahme zu verhindern. Einerseits versuchte man dies durch Pochen auf völkerrechtliche Prämissen wie beispielsweise Betonung der Souveränität, Unveränderbarkeit der Grenzen, Klassifizierung des Widerstandes als krimineller Terrorismus und somit innere Angelegenheit zu erreichen, andererseits vermied die politische Führung im Zuge der Kampfhandlungen gröbere Grenzverletzungen (besonders gegenüber Albanien), extreme Vertreibung ins Ausland und verfolgte eine ‚Dosierung der Gewalt‘. Faktoren, deren Missachtung unweigerlich den politischen Druck der Staatengemeinschaft unverzüglich erhöht hätte.

Nach serbischer Auffassung und aus Sicht der jugoslawischen Zentralregierung handelt es sich beim bewaffneten Widerstand ausschließlich um Terrorismus, dem mit aller Entschiedenheit begegnet werden muss. Eine Internationalisierung des Problems sei daher strikt abzulehnen – ein Standpunkt, den sich Jugoslawiens Mann im Zentrum aller Aktivitäten, Präsident Milošević, in einem Referendum mit 95% der abgegebenen Stimmen bestätigen ließ.⁵

Das staatsinterne Verhalten der **serbischen/jugoslawischen** politischen Führung kann **dahingehend** interpretiert werden, dass durch Aufbau und Erhalt einer Drohkulisse zweifelsohne eine Einschüchterung der albanischen Bevölkerungsmehrheit des Kosovo angestrebt wird. Das brutale und zerstörerische Vorgehen gegen Ortschaften könnte dabei Ausdruck verschiedenster Umstände sein. Möglicherweise handelt es sich nur um die Unfähigkeit, gegen eine Aufstandsbewegung adäquat vorgehen zu können.⁶ Denkbar erscheint aber auch, dass durch die bewusste Wahl dieser Vorgangsweise das militärische

⁴ Aussage Dr. Rohan, Generalsekretär BMAA, anlässlich seines Vortrages am 18. 11. 1998 an der Landesverteidigungsakademie.

⁵ Vgl. APA 172: Kosovo-Krise: Stationen einer **Eskalation**, 15. 7. 1998.

⁶ Anm.: Widerstandsbekämpfung zählt zweifellos zu den schwierigsten Aufgaben regulärer Militär- und Sicherheitskräfte und erfordert neben entsprechender Ausbildung auch eine entsprechende Bewaffnung, z.B. Non Lethal Weapons. Vgl. hierzu Adams, J.: The next World War, London 1998, S. 138ff.

Potential des Widerstandes entscheidend minimiert und durch die Einschüchterung der Bevölkerung eine Spaltung des albanischen Widerstandswillens herbeigeführt werden soll. Das Gesamtverhalten könnte in diesem Fall als indirekte Vertreibungsstrategie bewertet werden.

3.2 Albanische Widerstandsbewegung

Wie eingangs bereits erwähnt etablierte sich mit Ende 1997 die Befreiungsarmee als Träger und Zentrum des bewaffneten Widerstandes und wurde damit neben Präsident Rugova zum albanischen Hauptakteur des Geschehens. Obwohl noch immer keine Vereinigung aller Befreiungsbewegungen erfolgte kann als gemeinsames Ziel aller Gruppierungen mit diesbezüglichen Anstrengungen die Unabhängigkeit des Kosovo bezeichnet werden.

Bereits seit Jahren war es Rugovas Intention, den Konflikt ins internationale Blickfeld zu bringen, um die albanische Verhandlungsposition gegenüber Serbien zu verbessern. Auch das Verhalten der Befreiungsarmee ließ keinen Zweifel darüber, dass internationales Engagement bis zur militärischen Intervention angestrebt wurde. Während Rugova jedoch weiterhin als Proponent einer politischen Verhandlungslösung zu sehen war und ist, versuchte die Führung der Befreiungsarmee, möglichst große Bevölkerungsteile in den bewaffneten Widerstand einzubeziehen, selbst unter Inkaufnahme eines enormen Leidensdruckes. Neben der angestrebten Internationalisierung des albanischen Anliegens ging es ihr auch darum, national und international politischen Akteursstatus zu erlangen.

Nachdem Rugovas Strategie des gewaltfreien Widerstandes keine essentielle Verbesserung der Lebensbedingungen der Kosovo-Albaner erzielen konnte und als gescheitert betrachtet werden kann, brachten diese der UÇK mit ihrem bewaffneten Befreiungskampf viel Sympathie entgegen. Obwohl Rugova weiterhin von der Staatenwelt als Hauptgesprächspartner kontaktiert wurde, bestimmte de facto die UÇK über große Strecken das Geschehen, weshalb in weiterer Folge primär die Aktivitäten der albanischen Befreiungsarmee als Parameter der Analyse herangezogen werden.

Teilstrategische Realisierungsschritte der UÇK

Im externen Auftreten gegenüber der Staatenwelt wurde der Wunsch nach Sezession mit dem völkerrechtlichen Anspruch auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, der Darstellung des serbischen Verhaltens als Okkupant und der Betonung der Opferrolle argumentiert. Darauf aufbauend leitete die Widerstandsbewegung ihre Forderung nach internationaler Militärintervention ab.

Innerhalb der albanischen Volksgruppe im Kosovo bezog die UÇK politisch Gegenposition zu Präsident Rugova und versuchte, sich der eigenen Bevölkerung als ‚Volksarmee‘ zu präsentieren. Neben Anstrengungen, den militärischen Widerstand zu organisieren, gab es parallel massive Bestrebungen, eine politische Fundamentierung zu erzielen und zu dokumentieren. Besonders der Ort Malisevo rückte ins Zentrum des Geschehens und galt lange Zeit als Sitz des Zentralstabes. Wie weit dabei die UÇK als Teil der Strategie bereit war, ihre eigene Volksgruppe einem hohen Leidensdruck auszusetzen, kann nur vermutet werden.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass im allgemeinen Sprachgebrauch unter der Bezeichnung UÇK sämtliche Gruppierungen subsummiert werden, die organisiert bewaffneten Widerstand leisten. Die Unterteilung in einzelne Strömungen, die meist politisch-ideologische Fundierungen aufweisen, ist derzeit von nachrangiger Bedeutung, da sich der Widerstand auf den gemeinsamen Gegner - in diesem Fall die Kräfte der serbischen/jugoslawischen Zentralregierung - konzentriert.

Exkurs: Albanische Widerstandsbewegungen im Kosovo

Es ist zweckmäßig, hier einen kurzen Überblick über den albanischen Widerstand zu einzufügen.⁷

⁷ Vgl. Lipsius, S.: Untergrundorganisationen im Kosovo – ein Überblick. In: ÖMZ 2198, S. 177ff.

1. *"Volksbewegung Kosovos"*

Als älteste aktive Organisation existiert die "Volksbewegung Kosovos" (LPK) seit Anfang der 80er Jahre, welche die Vereinigung aller Albaner in Ex-Jugoslawien in einem einheitlichen Staatsgebilde zum Ziel hat. Sie akzeptiert die Existenz des unter Rugova aufgebauten Parallelsystems mit seinen Institutionen, was allerdings zur eigenen Schwächung führte. In einzelnen europäischen Ländern gibt es Zweigverbände, seit 1990 wird in der Schweiz eine eigene Wochenzeitung (*Zeri e Kosoves*) aufgelegt.

2. *"Nationale Bewegung für die Befreiung Kosovos"*

Im Mai 1993 wurde in Pristina eine "Nationale Bewegung für die Befreiung Kosovos" (LKCK) gegründet. Sie lehnt die "Republik Kosova" ab, die Leitung erfolgt durch einen "Zentralrat für die okkupierten Gebiete" und gliedert sich eigenen Angaben zufolge in einen politischen und militärischen Arm. In einem Vier-Phasen-Modell soll die Befreiung der okkupierten Gebiete erzielt werden, wobei in Phase 3 eine Vereinigung aller Widerstandsbewegungen und im folgenden Volksaufstand durch Mobilisierung aller Kräfte der Erfolg sichergestellt werden soll.

3. *"Befreiungsarmee des Kosovo"*

Am meisten Aufsehen erregte sicherlich das Auftauchen der "Befreiungsarmee des Kosovo" (UÇK), über die in den letzten Jahren Spekulationen angestellt wurden, spätestens seit November 1997 aber Gewissheit herrscht. Die Ursprünge dürften in den Militär- und Polizeistrukturen aus 1992 liegen, als der Installierungsversuch eines albanischen Sicherheitsinstrumentes erfolgte, aber prompt von Serbien erstickt wurde.

Geführt von einem "Zentralstab" trat diese Gruppierung 1998 ins Zentrum des gewaltsamen Widerstandes, aber auch des politischen Geschehens. Die ursprüngliche Forderung nach Vereinigung aller Albaner in einem Großalbanien⁸ wich im Konfliktverlauf dem Beharren auf Souveränität, die auch innerhalb des Jugoslawischen Staatsverbandes denkbar wurde.⁹ Allerdings erscheint diese Option infolge der Vorkommnisse 1998 nur mehr äußerst schwierig realisierbar zu sein.

4. *Gewählte politische Führung der Kosovo-Albaner*

Seit Aufbau des Parallelsystems 1990 ist die "Demokratische Liga Kosovos" der bestimmende Faktor, Rugova verkörpert seit seiner Wahl 1992 und Wiederwahl 1998 zum Präsidenten den gewaltfreien Widerstand nach innen und nach außen. Zentrale Forderung bildete nach eigenen Angaben stets die staatliche Unabhängigkeit.¹⁰

Während die LDK im Jahresverlauf ständig versuchte, die UÇK - unter ihrer Führung - in den politischen Prozess einzubinden, widersetzte sich die Befreiungsarmee diesem Ansinnen und beschuldigte Rugova des Verrats an der Sache der Albaner.¹¹ Erst Mitte August ernannte die UÇK Adeln Demaqi (Führer der oppositionellen Parlamentarischen Partei) zu ihrem politischen Vertreter.¹²

Diese kurze Gegenüberstellung veranschaulicht das breite Spektrum des Widerstandes und damit die Problematik für die Staatengemeinschaft, den Vermittlungsprozess auf albanischer Seite zu gestalten.

⁸ APA 018: Dauern Kämpfe in Orahovac an?, 20. 7. 1998.

⁹ NZZ 9. 9. 1998: „Für die Freiheit ist kein Preis zu hoch“, S. 4. sowie Die Presse 6. 11. 1998: UK zeigt wieder Flagge, S. 1.

¹⁰ FAZ 1. B. 1998: Rugova lehnt Verhandlungen mit Belgrad vorerst ab, S. 4.

¹¹ NZZ 19. 10. 1998: Ankunft der ersten OSZE-Überwacher in Kosovo, S. 2.

¹² NZZ 15./16. B. 1998: Bedingungen Rugovas für Gespräche mit Belgrad, S. 2.

3.3 Träger der Kampfhandlungen

Bereits Ende 1997 verstärkte Serbien seine Polizeikräfte im Kosovo massiv, um der zunehmenden Gewalt zu begegnen. Neben den regulären Polizeikräften kamen vermehrt Kräfte der Sonderpolizei („Polizeieinheiten zur besonderen Verwendung“) zum Einsatz, deren Bewaffnung über die herkömmlicher Einheiten hinausgeht. Ihre Gesamtzahl wird mit 7.000 geschätzt, dazu kann eine unbekannt Zahl von Reservisten kommen. Nachdem ihr Einsatz nicht zum gewünschten Erfolg führte – die für Aufstandsbekämpfung ausgebildeten Spezialkräfte des Innenministeriums („Specijalne antiteroristicke jedinice“) sind relativ gering (geschätzte 500) und waren bald ausgespielt¹³ –, stützte sich die serbische Regierung zunehmend auf militärische Elemente, welche vor allem durch den Einsatz mechanisierter und artilleristischer Verbände das Vorgehen der Sicherheitskräfte verstärkte.

Bereits im Mai 1998 war das Gros des Spezialkorps Belgrad ausgespielt, so befanden sich die 63. Fallschirmjägerbrigade und die 72. Spezialbrigade im Einsatz gegen die Untergrundarmee. Insgesamt gehen internationale Schätzungen davon aus, dass mit Jahresmitte 1998 – am vorläufigen Höhepunkt der Kampfhandlungen – mehr als 50.000 Angehörige des Militärs und der Sicherheitsapparate im Einsatz waren.¹⁴

Auf albanischer Seite war die ‚Befreiungsarmee des Kosovo‘ Träger des Kampfes, wobei phasenweise eine intensive Einbeziehung der Bevölkerung durch Bildung örtlicher Verteidigungskräfte zu beobachten war. Ging man zu Jahresbeginn 1998 von wenigen hundert Mann als harter Kern der Widerstandskämpfer aus, so vermehrte sich die Zahl der Waffenträger bis Juli explosionsartig auf geschätzte 30.000.¹⁵ Der Waffenbestand wurde Ende Juni mit 26.000 Gewehren, 10.500 Maschinengewehren, 2.250 leichten Maschinengewehren, 5.500 Pistolen und 850 Granatwerfern angenommen.¹⁶

Es erscheint offenkundig, dass ein derartiges Anwachsen nicht in geordneten Strukturen erfolgen kann, weshalb die Differenzierung dieser Kräfte in einen harten Kern und sonstige Widerstandskämpfer zweckmäßig erscheint. Wesentliche Unterscheidungskriterien bestehen dabei in der Organisation, Struktur, Bewaffnung, Führung und der Fähigkeit, zeitlich und räumlich zusammenhängende Operationen durchzuführen. Das Gros bestand daher aus statisch agierenden Kräften die versuchten, ihren unmittelbaren Lebensraum zu verteidigen. Der kleinere Teil präsentierte die eigentliche Befreiungsarmee, die trachtete, durch eine Vielzahl koordinierter Attacken einen möglichst großen Raum zu erfassen und eine Aufsplitterung serbischer Kräfte zu erzielen, um deren Effizienz zu mindern.

3.4 Militärstrategische Zielsetzungen und Phasen des Kampfes

Der Verlauf der bewaffneten Auseinandersetzungen seit Herbst 1997 lässt sich in drei Phasen gliedern: Phase I von Ende 1997 bis Mitte Juli 1998, Phase II von Mitte Juli 1998 bis Mitte Oktober und anschließend Phase III von Mitte Oktober bis laufend.

Die Eskalation der Gewalt begann mit den Vorgängen in der Drenica-Region, als es im November 1997 nach dem UÇK -Überfall auf eine serbische Polizeikolonne zu Vergeltungsmaßnahmen kam, die den Tod mehrerer Unbeteiligter, so des Dorfschullehrers aus Llausha, verursachten.¹⁷ Als Zäsurereignis zum Übergang von der ersten zur zweiten Phase wird die serbische Offensive zur Rückeroberung von Orahovac und Malisevo angesehen. Damit verlagerte sich die Initiative im Kampf von der albanischen zur serbischen Seite. Das dritte einschneidende Ereignis ist das Abkommen zwischen dem US-Unterhändler Holbrooke und Milošević am 13. Oktober, dessen Vereinbarungen den serbischen Handlungs-

¹³ Vgl. Oshlies, W.: Kosovo '98 (II): Breitenwirkung und (mögliche) Lösungen des Konflikts. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 21-1998, S. 17.

¹⁴ FAZ 21. 7. 1998: Vor dem Kampf um Peja, Primen, Prishtina?, S. 10.

¹⁵ Zabkar, A.: Die stabile Explosivität des Kosovo oder Schachmatt oder Patt im Kosovo? Eine Militärstrategische Studie, aktueller Stand September 1998, S. 43.

¹⁶ Zabkar, A.: Die stabile Explosivität des Kosovo oder Schachmatt oder Patt im Kosovo? S. 44.

¹⁷ Vgl. Lipsius, S.: Untergrundorganisationen im Kosovo - ein Überblick. In: ÖMZ 2/98, S. 177.

spielraum zumindest vorerst massiv einschränkten und die von Milošević so gemiedene Internationalisierung des Konfliktes bewirkte.

Über den gesamten bisherigen Zeitraum war Serbien/Jugoslawien zu einer Reaktivstrategie gezwungen, die als Antwort auf die secessionistischen Bestrebungen als direkt-defensiv bezeichnet werden kann. Demnach werden die Ordnungskräfte der Regierung in Reaktion auf Vorgänge innerhalb des Staatsterritoriums systembewahrend und Veränderungen abwehrend eingesetzt. Die direkte, unmittelbare Gewaltanwendung wird zu diesem Zweck von der Staatsführung legitimiert und legalisiert, in letzter Zeit sogar mystifiziert. Dies erschwert zunehmend rationale nationale und internationale Kritik.

Demgegenüber verfolgt die Befreiungsarmee des Kosovo eine revolutionär-subkonventionelle Strategie, die direkt-offensiv vorgetragen wird. Triebfeder und Ziel ist die Veränderung der bestehenden Macht- und Ordnungsverhältnisse, der Konflikt wird unter der Schwelle eines konventionell geführten Krieges ausgetragen. Gewalteininsatz erfolgt selektiv durch verdeckte Aktionen, Zeit und Ort des Geschehens werden frei gewählt. Zu konventioneller Kampfführung, die zum direkten Aufeinandertreffen bewaffneter Formationen beider Konfliktparteien führt und operativ-taktische Fähigkeiten erfordert, war die UÇK bisher trotz aller organisatorischer Bemühungen in keiner Phase befähigt.

3.5 Operativ-taktische Zielsetzungen und Verfahren in den Kampfphasen

3.5.1 Phase I (Ende 1997 — Mitte Juli 1998)

Ziele und Verfahren Serbiens

In der ersten Phase bis Mitte 1998 versuchte die serbische Regierung, dem albanischen Widerstand durch offensiven Einsatz von Sonderpolizei und Spezialkräften des Innenministeriums zu begegnen. Mit Fortschreiten der Auseinandersetzungen erfolgte eine zunehmende Abstützung auf Kräfte des Militärs, welche sich besonders in der Unterstützung durch schweres Kampfgerät (Artillerie, Kampf- und Schützenpanzer) manifestierte. Die Bewaffnung des serbischen Bevölkerungsanteiles mit der Absicht, sie zur Übernahme von einfachen Sicherungsaufgaben in deren unmittelbarer Umgebung einzusetzen, sorgte für weitere Unterstützung.

Erkennbare Absicht der serbischen Kräfte war, durch gezieltes Vorgehen gegen erkannte oder vermeintliche UÇK-Zentren den Widerstand zu brechen und „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Auch die gewaltsame Auflösung umfangreicher albanischer Demonstrationen in den Ballungszentren im Frühjahr sowie rigorose Kontrolltätigkeiten führten nicht zum gewünschten Erfolg, das Gegenteil trat ein.¹⁸ Je restriktiver die serbischen Sicherheitskräfte auftraten, umso mehr Zulauf hatte der albanische Widerstand.

Als Reaktion darauf versuchte Serbien, durch den Aufbau eines dichten Stützpunkt- und Kontrollsystems an den Hauptbewegungslinien sowie Abriegelung der Grenze zu Albanien zur Unterbrechung der für den Widerstand so wichtigen Versorgungsachsen den Widerstand entscheidend zu schwächen. Der Sicherungseinsatz mittlerer und hoher Intensität und die Versuche einer ‚Counterguerilla‘ erforderten allerdings zunehmend Kräfte, vor allem um die eigenen Kommunikationswege offenzuhalten. Als Hauptaufgaben von Sicherungsoperationen können dabei Aufklärung, Überwachung, Sicherung von Objekten/Personen/exponierten Gruppen bzw. Bevölkerungsteilen, generell erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber sämtlichen Vorgängen sowie Maßnahmen gegen Guerilla sowie subversive Kräfte angenommen werden. Insgesamt erfordert dieses Aufgabenspektrum neben einer speziellen Ausbildung und Ausrüstung enorm viel Personal.

Ziele und Verfahren der UÇK

Mehrere Monate verfolgte die Befreiungsarmee eine klare Kleinkriegstaktik, indem sie nach sorgfältiger Vorbereitung sogenannte ‚Hit and run‘-Angriffe primär auf ortsfeste Einrichtungen der serbischen

¹⁸ Vgl. Jurekovič, Predrag: Zur Neuordnung des südslawischen Raumes. In: ÖMZ 4/1998, S. 430ff.

Sicherheitskräfte, zunehmend jedoch auch auf Marschkolonnen und Versorgungskonvois durchführte. Aktives, offensives Vorgehen kleiner Gruppierungen (drei bis acht Mann) unter Bestimmung von Zeit und Ort des Geschehens gewährleistete ein optimales Maß an Handlungsfreiheit und erforderte beim Gegner einen hohen Kräfteinsatz, um dieser Bedrohung zu begegnen. Damit gelang es der UÇK, ein Zusammenwachsen ihres Operationsgebietes zu erzielen und die serbischen Verbindungsachsen sukzessive zu unterbrechen. Eigenen Angaben zufolge kontrollierte die Befreiungsarmee im Juni 1998 bereits 40% des kosovarischen Territoriums, das sie als ‚befreite Gebiete‘ ansprach. Die Nachschubwege aus Nordalbanien konnten in dieser Phase noch größtenteils offengehalten werden.¹⁹

Die Erfolge der Anfangsphase verleiteten vermutlich dazu, ergänzend zur zunächst ausschließlich angewandten Guerillataktik Elemente konventioneller Kriegführung ins Handlungsspektrum einzu beziehen. Angriffe auf das Kraftwerk Belacevac und die Ortschaft Orahovac sowie der Versuch, Ortschaften und Geländeabschnitte (Territorien) nachhaltig zu verteidigen geben davon Zeugnis. Die massive Einbeziehung der eigenen Bevölkerung in die Kampfanstrengungen führte in diesem Zeitraum zum explosionsartigen Anstieg der albanischen Kräfte, welche Schätzungen zufolge mit 30.000 beziffert wurden.²⁰

3.5.2 Phase II (Mitte Juli 1998 — Mitte Oktober 1998)

Ziele und Verfahren Serbiens

Die Mißerfolge in Phase I veranlassten Serbien, das aktiv-offensive Vorgehen unter verstärkter Fortführung konventioneller Landoperationen zu forcieren. Begleitet waren die Kampfanstrengungen von einer Instrumentalisierung der Justiz, welche allein im September 1998 hunderte Anklagen wegen Terrorismus und Zusammenarbeit mit der UÇK erstellte und damit den Druck auf die albanische Ethnie verstärkte.²¹ Die Reaktion der Staatsführung kann als Versuch des Übergangs zu einer präemptiven Strategie bewertet werden. Das Ziel bestand in der nachhaltigen Schwächung des albanischen Widerstandspotentials und einer möglichst langfristigen Verbesserung der eigenen Position.

Eine Ausweitung des Cordon Sanitaire gegenüber Albanien auf fünf Kilometer Breite mit Abstützung auf Minenfelder brachte zunächst den albanischen Nachschub auf dieser Achse größtenteils zum Erliegen.²² Nach erfolgter Bereitstellung von Kräften des Militärs und der Polizeieinheiten in Randzonen - was einer Einkesselung der UÇK gleichkam -, erfolgten konzentrierte und koordinierte Angriffe auf Widerstandszentren im Zentralraum des Kosovo. Als Beispiele können die Einnahme von Orahovac, Malisevo, Belacevac und besonders Junik angeführt werden. Teils wochenlange Belagerungen gingen der Erstürmung voraus, massive Zerstörung der Infrastruktur und Vertreibung der Zivilbevölkerung bildeten die Begleiterscheinungen.

Durch progressiven Einsatz von Kräften des Militärs konnte vor allem eine zerstörerische Feuerkraft aufgeboten werden; desgleichen ermöglichte der erhöhte Kräfteinsatz, die eigenen Kommunikationswege zwischen Pristina – Pec, Pec – Djakovica – Prizren sowie Prizren – Stimlje – Pristina zu öffnen und offenzuhalten.²³

Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung und Entsendung von Militär- und Polizeipersonal, was als Ausdruck innenpolitischen Widerstandes gegen den Einsatz gesehen werden kann, dürfte es Belgrad zunehmend gelungen sein, dieses Problem durch positive (Bezahlung, Auszeichnung, Beförderung u.ä.) und negative Anreize (Entlassung, Bestrafung etc.) in den Griff zu bekommen. Wesentlich könnte dabei auch die zunehmende Mystifizierung des ‚Einsatzes zur Rettung des serbischen Staates‘ sein.

¹⁹ Vgl. APA 494: U(K hält großes Gebiet — Drenica und Junik Hauptzentren, 29. 6. 1998.

²⁰ Vgl. APA 334: U(K kündigt verstärkten Untergrundkampf im Kosovo an, 26. B. 1998.

²¹ FAZ 9. 9. 1998: Im Kosovo mehrere hundert Männer wegen Zusammenarbeit mit UÇK verhaftet, S.2.

²² Vgl. APA 581: Jugoslawien verstärkt Militäraufgebot an Grenze zu Albanien, 22. 7. 1998

²³ Vgl. Jurekovic, P./Feichtinger, W.: Zur Neuordnung des südslawischen Raumes. In: ÖMZ 5/1998, S. 550ff.

Die Zerschlagung albanischer Widerstands- und Logistikzentren bzw. die Abriegelung gegenüber Albanien und vermehrt auch Mazedonien stellte die Führung des Widerstandes vor enorme Probleme, der systematische Entzug von Lebensraum führte zu immensen Flüchtlingsbewegungen primär im Landesinneren.

Ziele und Verfahren der UÇK

Die Befreiungsarmee musste ihr Versagen in konventionellen Kampfverfahren rasch und schmerzhaft zur Kenntnis nehmen. Sie war mit der aktuellen Ausrüstung und Ausstattung, Struktur und Führungsfähigkeit auch nicht annähernd in der Lage, einem konventionell vorgetragenen Angriff regulärer militärischer oder paramilitärischer Verbände zu trotzen.²⁴ Während eigene Angriffe (mittlerweile bis zu Kompaniestärke, also etwa 100 Mann) auf schwach befestigte und gesicherte Einrichtungen noch kurzzeitig als Erfolg verbucht werden konnten, war die Verteidigung genommener Ziele oder sonstiger serbischer Angriffsobjekte zum Scheitern verurteilt.

Die UÇK war in eine reaktiv-defensive Position geraten in der sie primär trachtete, den Widerstand für alle sichtbar aufrecht zu halten, ohne sich jedoch der Vernichtung preiszugeben. Substanzerhaltung unter Preisgabe von Gelände war die Handlungsmaxime in der Phase ab Mitte Juli. Zusätzlich war sie bestrebt, Ersatz für die unterbrochenen Versorgungsachsen zu finden. Zum einen gab es hier eindeutige Versuche, den Nachschub über Mazedonien zu leiten, andererseits mehrten sich auch Hinweise, die Bewegungen über Montenegro konstatierten.²⁵

Der damit verbundene Rückzug in sichere Regionen war ident mit der Aufgabe von Ortschaften samt ihrer Bevölkerung. Als sicheres Gelände kann jedes Gebiet betrachtet werden, das eine umfangreiche Bewegung mit gepanzerten Fahrzeugen oder den gezielten Einsatz von schwerem Flachfeuer nicht zulässt. Es sind also schwer zugängliche Gebirgs- und Waldregionen – welche im Kosovo zahlreich vorhanden sind –, die Zuflucht und Schutz vor Verfolgung und Bekämpfung bieten. Der geordnete Rückzug war zwar ein Indiz für zentrale Führung und Planung, brachte aber auch erstmals Kritik aus der eigenen Volksgruppe, welche vereinzelt die Preisgabe als ‚im-Stich-lassen‘ anprangerte.

Die Fortführung von Hinterhalts- und Überfallsaktionen sollte den ungebrochenen Widerstandswillen und den Fortbestand der Befreiungsarmee national und international demonstrieren. Damit kehrte die UÇK zu jenen Aktionsformen zurück, die ihr zu den Anfangserfolgen verholfen hatten und zu welchen sie in diesem Stadium des Unabhängigkeitskampfes befähigt schien. Als Ursache des Misserfolges in konventionellen Verfahren wird neben der mangelnden Bewaffnung (die Befreiungsarmee verfügt in großem Umfang lediglich über Infanteriewaffen, z.B. AK-47 Kalashnikov, leichte Granatwerfer und Panzerabwehrgranaten) von Expertenseite hervorgehoben, dass viele junge kampfwillige Albaner keinen Wehrdienst abgeleistet hätten. Ein Manko, das erst in monatelangem Training beseitigt werden könne.²⁶

Zunehmendes Engagement der Staatengemeinschaft

Obwohl die Staatengemeinschaft über Monate hinweg den Konflikt kritisch be- und das Verhalten der Kampfparteien verurteilte, war es ihr nicht gelungen, trotz Verhängung diverser Embargos, real konfliktsteuernden Akteursstatus zu erlangen. Die Abhaltung der NATO-Luftübung („Determined Falcon“) am 15. 6. 1998 – eine klare ‚Show of Force‘ – über dem Luftraum von Mazedonien und Albanien demonstrierte zwar Einigkeit innerhalb des Sicherheitsbündnisses und die Fähigkeit zur Machtprojektion in eine sogenannte „out of area“-Region, Milošević konnte damit nicht beeindruckt werden.²⁷ Ein durchaus

²⁴ Anm.: Aufgrund der Spezialbewaffnung und Ausbildung von Teilen der Kräfte des Innenministeriums erscheint es gerechtfertigt, sie als paramilitärisch zu klassifizieren.

²⁵ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: Macedonia: Defence Minister says country may need help an Albanian border, 6. B. 1998.

²⁶ Zabkar, A.: Die stabile Explosivität des Kosovo oder Schachmatt oder Patt im Kosovo? Eine Militärstrategische Studie, aktueller Stand September 1998, S. 43.

²⁷ Vgl. Gustenau, G./Jurekovič, P.: Die Konfliktenwicklung im südslawisch-albanischen Raum. Informationen zur Sicherheitspolitik, Nr. 8, Wien 1998, S. 21.

denkbarer Effekt daraus könnte aber sein, dass Jugoslawien auf den Einsatz seiner Luftwaffe im Kosovo (von wenigen kleinen Ausnahmen abgesehen) bisher verzichtete, um die Möglichkeit von Luftzielen zu vermeiden.

Der Umstand, dass innerhalb der Balkankontaktgruppe und besonders im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen keine einheitliche Position bezogen und kein Konsens über eine mögliche Intervention zu erzielen war, bestätigte Milošević in seiner Einschätzung der Situation und verstärkte die brutale serbische Vorgangsweise gegenüber der albanischen Bevölkerung in den Sommermonaten.²⁸

Die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen beschleunigten den Meinungsbildungsprozess innerhalb der NATO-Staaten unter Vorreiterrolle der USA, eine militärische Intervention auch gegen den Willen Russlands und Chinas wurde ab September glaubhaft angedroht. Gegenüber der serbischen und jugoslawischen Regierung wurde strategisch indirekt offensiv Position bezogen, mit der Zusammenziehung von See- und Luftstreitkräften in der Mittelmeerregion und Verfügen des ‚Activation Warning‘ an die Mitgliedsstaaten mit 24. 9. baute das Bündnis ein reaktives Drohpotential auf.²⁹ Das konfrontative Verhalten bis zur Androhung von Gewalt führte letztlich zu einer Vereinbarung zwischen dem amerikanischen Sonderbeauftragten Holbrooke und Jugoslawiens Präsident Milosevic und stellt den Beginn der dritten Phase dar. Dabei ist anzumerken, dass keine kosovo-albanischen Vertreter in die Verhandlungen eingebunden waren und vor allem die UÇK als Unsicherheitsfaktor verblieb.³⁰

3.5.3 Phase III (Mitte Oktober 1998 — aktuell)

Als Ergebnis der Verhandlungen unterzeichneten die OSZE unter ihrem damaligen Vorsitzenden Geremek und Milosevic ein Abkommen, das die Stationierung einer unbewaffneten Verifikationstruppe vorsah. Dieses Kontingent sollte den Abzug serbischer Militär- und Sicherheitskräfte überwachen und in der Umsetzung politischer Maßnahmen vertrauensbildend wirken. Ergänzend dazu wurde in einem eigenen Abkommen mit der NATO die Überwachung der getroffenen Vereinbarungen (Truppenabzug, Rückzug in Garnisonen, Stationierung von Kontrollkräften) aus der Luft durch Einsatz von unbewaffneten Aufklärungsflugzeugen vereinbart.

Auswirkungen des Abkommens auf die Akteure

Auf die operativ-taktischen Verfahren der Konfliktparteien wirkten sich diese Vereinbarungen folgendermaßen aus:

Ziele und Verfahren Serbiens

Das offensive, zerstörerische Vorgehen gegen die albanische Bevölkerung wurde gestoppt. Die Aufrechterhaltung des Sicherungseinsatzes mittlerer bis hoher Intensität primär an der Grenze zu Albanien, aber auch gegenüber Mazedonien und im Landesinneren wurde fortgesetzt. Objekt- und Raumschutz, Aufbau eines Kontrollsystems an drei Hauptbewegungslinien durch fixe Kräftestationierung, Kräftekonzentration innerhalb des und an den Grenzen zum Kosovo gleichen dabei einer Bereitstellung, die einerseits die Drohkulisse gegenüber der albanischen Bevölkerung aufrecht hält, andererseits ein neuerliches, konzentriertes Vorgehen sozusagen ‚aus dem Stand‘ von serbischer Seite gewährleistet.

Gehäufte Klagen der Gerichte gegen männliche Albaner, welche der UÇK-Zugehörigkeit verdächtigt und des Terrorismus beschuldigt werden, weisen auf die Fortführung der offiziellen Argumentation und der hinterfragbaren Rolle der Justiz hin. Sie zeigen auch die serbische Interpretation der Amnestie Regelungen des Abkommens.³¹

²⁸ Anm.: Beobachtern zufolge wurden die Vorstöße der Militär- und Sicherheitskräfte unter dem zynischen Motto „A village a day keeps NATO away“ vorgetragen.

²⁹ Vgl. APA 269: Stichwort: „Act Warn Message“ im Kosovo-Konflikt, 24. 9. 1998.

³⁰ Vgl. Die Presse 21. 10. 1998: Petritsch: „Die Kosovo-Albaner müssen aus ihrer Opferrolle heraustreten“, S. 4.

³¹ Vgl. APA 448: UNHCR fordert humanitäre Lösungen für Kosovo-Flüchtlinge, 24. 11. 1998.

Vielfach wird von internationaler Seite das Auftreten der Militär- und Sicherheitskräfte als provokant empfunden, das Vorgehen gegenüber der albanischen Bevölkerung als übertrieben dargestellt. Westliche Diplomaten kritisieren ebenso die UÇK und werfen ihr vor, den Friedensprozeß zu behindern.³² Die Phase des ‚relativen Friedens‘ wird zweifellos dazu genutzt, die Erfahrungen und Erkenntnisse der bisherigen Auseinandersetzung in entsprechenden Ausbildungs-, Ausrüstungs- und Strukturmaßnahmen umzusetzen. Parallel dazu ist eine innenpolitische Vereinheitlichung in der Beurteilung der Vorgänge als notwendige Terrorbekämpfung festzustellen. Diese Solidarisierung ist deshalb erwähnenswert, weil es zukünftige Einsätze im personellen und materiellen Ressourcenbereich massiv beeinflussen kann, indem innenpolitische Widerstände verflachen.

Ziele und Verfahren der ULK

Schon einige Tage vor Zustandekommen des Holbrooke-Milošević-Abkommens hatte die Befreiungsarmee einseitig eine Waffenruhe angekündigt.³³ Zweifellos nutzt sie die Zeit zur Reorganisation und Restrukturierung ihrer Kräfte. Öffentliche Spendenaufrufe können als Hinweis zur Fortführung der Kämpfe, als erhöhter Finanzbedarf zum Ankauf moderner Waffensysteme oder als Angebot an Exilalbaner zur Unterstützung des Kampfes gesehen werden.³⁴ Die direkte Spende an die Befreiungsbewegung könnte indirekt zu einer Umleitung von Finanzmitteln führen, die bisher über die ‚Exilregierung‘ aufgebracht wurden und dem Erhalt des Parallelsystems (Schul- und Gesundheitswesen) dienten. Dies wäre ident mit einer Schwächung der Position Rugovas. Kenner der Situation gehen davon aus, dass schon in den letzten Jahren jährlich etwa 100 Mio. DM – großteils aus Geldern der albanischen Drogenmafia – für Waffenkäufe verfügbar waren.³⁵

Die Zurückhaltung trotz serbischer Provokationen zeigt, dass die UÇK einer zentralen, straffen Führung untersteht. Dieser ist offensichtlich daran gelegen, in der ‚Opferrolle‘ zu verbleiben und international nicht in Misskredit zu geraten. Außerdem erscheint es nicht opportun, durch provokantes Verhalten eventuelle Verhandlungserfolge (z.B. Freilassung von Gefangenen) zu gefährden.

Während ihr Vertreter Demaqi daher in Verhandlungen die politische Akteursrolle und Forderungen der Befreiungsarmee vertritt, versucht die militärische Führung, verlorenes Terrain wieder gutzumachen. Mit dem Abzug serbischer Kräfte fließen Widerstandskämpfer in deren Stellungen ein, übernehmen Kontrollposten und suchen durch öffentliche Auftritte (z.B. Angelobungen, demonstrative Kontrolltätigkeit etc.) ihre Präsenz und Kampfkraft zu demonstrieren.³⁶ Kleinere Überfälle weisen darauf hin, dass der Widerstand lebt und die Gewaltbereitschaft keinesfalls gesunken ist.³⁷

³² Vgl. APA 518: UÇK lehnt internationalen Kosovo-Kompromißvorschlag ab, 22. 12. 1998.

³³ Vgl. NZZ 9. 10. 1998: Die NATO vor einem Militärschlag gegen Serbien, S. 1.

³⁴ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: Macedonia: Homeland is in Danger – Homeland is calling, 18. 11. 1998.

³⁵ Zabkar, A.: Die stabile Explosivität des Kosovo oder Schachmatt oder Patt im Kosovo? Eine Militärstrategische Studie, aktueller Stand September 1998, S. 42.

³⁶ Vgl. APA 552: Abzug von Militär- und Polizeikräften aus dem Kosovo fortgesetzt, 27. 10. 1998.

³⁷ Vgl. APA 229: Neue Anschläge der UÇK im Kosovo, 14. 11. 1998.

4. Das Milošević-Holbrook-Abkommen und seine Konsequenzen

4.1 Wesentliche Punkte der Vereinbarungen

Die Verhandlungen zwischen Milošević und Holbrooke sind im Detail nicht bekannt und existieren Aussagen diplomatischer Kreise zufolge nicht in schriftlicher Form.³⁸ Als Konsequenz daraus kam es zu einem Beschluss der serbischen Regierung, einem Abkommen Jugoslawiens mit der OSZE und mit der NATO. Nicht verhandelt und von jugoslawischer Seite vehement abgelehnt wurde die NATO-intern beschlossene Stationierung einer Eingreifkraft in Mazedonien.

4.1.1 Der Elf-Punkte-Plan Serbiens

Der Beschluss der serbischen Regierung definiert einen Elf-Punkte-Plan, der als Rahmenabkommen für eine politische Lösung dienen soll. Neben der Verurteilung von Gewalt und Terror und der Betonung politischer Lösungsansätze wird als zentraler Punkt die Abhaltung von freien und fairen Wahlen innerhalb der nächsten neun Monate für ein Provinzparlament, lokale Selbstverwaltungsorgane sowie Gerichte unter Aufsicht der OSZE angeführt. Wesentlich auch die Zusage von Straffreiheit für Taten, die im Zusammenhang mit dem Konflikt erfolgten - Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder internationales Recht ausgenommen -, der uneingeschränkte Zugang ausländischer forensischer Experten zur Untersuchung von Vorkommnissen und das Zugeständnis, bereits verhängte Strafen für Kosovo-Albaner wegen politischer Delikte einer mildernden Überprüfung zu unterziehen.³⁹

4.1.2 Das Abkommen mit der NATO

Von essentieller Bedeutung ist die Zusage Belgrads an Holbrooke, die im Kosovo stationierten Kräfte des Militärs und der Sicherheitskräfte auf den Stand Februar 1998 zu reduzieren. Dies ist deshalb von Interesse, weil damit zwar eine Realverminderung des aktuellen Standes vereinbart, aber dennoch Serbien ein Kontingent zugestanden wurde, das über die ‚übliche‘ Stärke hinausgeht, da ja bereits seit Herbst 1997 sukzessive Verstärkungen durchgeführt worden waren. Außerdem existieren verschiedene Angaben über die Kräfte, mit denen operiert und argumentiert wird. Letztlich scheint eine Stärke von 25.000 Mann realistisch, die von Holbrooke und impliziert der NATO Serbien zugebilligt wurde (ca. 15.000 Militär und 10.000 Polizei).⁴⁰

Als Gegenposition wurde vom politischen Vertreter der U(K, Adern Demagi eine Reduktion auf 6.000 Soldaten und 2.500 Polizisten gefordert.⁴¹ Diese Forderung scheint zwar als Hinweis auf die Kontingentsstärke vor der Gewalteskalation nicht zu taugen, veranschaulicht allerdings, wie weit die Forderungen und Vorstellungen der Konfliktparteien auseinanderklaffen.

Zur Überwachung der getroffenen Vereinbarungen findet neben der Kontrolle am Boden eine Überprüfung aus der Luft statt. NATO und Jugoslawien haben sich am 15. 10. 1998 auf die Durchführung einer entsprechenden Luftüberwachungsmission mit unbewaffneten Flugzeugen geeinigt.⁴² Um eine Gefährdung der eingesetzten Kräfte auf beiden Seiten zu vermeiden hat sich Jugoslawien verpflichtet, seine Luftraumüberwachungs- und Abwehrsysteme innerhalb des Kosovo und in einem Sicherheitsabstand von 25 km zum Kosovo während der Flugbewegungen abzuschalten. Im Gegenzug gibt die NATO ihren Flugplan zur Durchführung der Kontrollen wöchentlich voraus bekannt. Überraschende

³⁸ Anmerkung von Botschafter Rohan anlässlich seines Vortrages an der Landesverteidigungsakademie am 18. 11. 1998.

³⁹ Vgl. APA 300: Belgrads Elf-Punkte-Plan für den Kosovo, 14. 10. 1998.

⁴⁰ Vgl. APA 560: OSZE-Missionschef Walker bei Milosevic, 16. 11. 1998.

⁴¹ Vgl. BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans: Kosovo Albanian Rebels Ask For Reduction In Serbian Police Presence, 5. 11. 1998.

⁴² Vgl. APA 724: NATO-Luftüberwachungsabkommen 2 – Beginn am Freitag oder Samstag, 15. 10. 1998.

Überwachungsflüge sind zwar vorgesehen, bilden aber die Ausnahme und sind eine Stunde vorher den jugoslawischen Behörden mitzuteilen.⁴³ Eine Verdichtung dieser Aufklärungsflüge erfolgt durch Drohnen (Unmanned Aerial Vehicle – kurz UAV), die in Mazedonien stationiert sind.

4.1.3 Die Installierung einer internationalen Verifikationstruppe

Im Abkommen zwischen der OSZE und der Bundesregierung Jugoslawiens einigten sich der OSZE-Vorsitzende Geremek und Präsident Milosevic auf die Installierung einer Verifikationsmission vorerst für die Dauer eines Jahres. Die Maximalstärke wurde mit 2.200 unbewaffneten ‚Verifiers‘ limitiert, Jugoslawien garantierte den Überprüfungsorganen volle Bewegungsfreiheit und Schutz.⁴⁴

4.2 Maßnahmen der Staatengemeinschaft zur Realisierung der Abkommen

4.2.1 Formierung der OSZE-Verifikationstruppe

Bereits nach Bekanntwerden der Vereinbarung wurde allgemein Skepsis über die Realisierungserfolgchancen dieser Mission geäußert. Geprägt von den Vorkommnissen in Bosnien meinten viele Kritiker, dass es sich bei diesen unbewaffneten Kräften ohne Selbstverteidigungsmöglichkeit lediglich um potentielle Geiseln handle, welche die bereits existierenden Probleme noch verschärfen könnten.

Das Mandat der Verifikationstruppe sieht zwar freie Bewegung und die Unterstützung durch Jugoslawien vor, de facto beschränkt sich aber der reale Handlungsrahmen auf Beobachtung der Vorgänge, eine Inspektion von Einrichtungen des Militärs oder der Polizei ist im Auftrag nicht enthalten. Der Erfolg von Vermittlungsaktivitäten hängt vom ‚goodwill‘ der Akteure ab. Zudem ermöglicht die Berufung auf die Verantwortung für die Sicherheit der OSZE-Angehörigen den serbischen Kräften (zumindest aus deren Perspektive), in kritischen Situationen den Beobachtern den Zutritt zu verwehren.

Der Aufbau des Kontingentes, in welches als Erstinstrumentarium die bereits vor Ort agierende Kosovo Diplomatic Mission (KDM) in der Stärke von 100 Beobachtern integriert wurde, gestaltet sich schwierig und langwierig. So verfügte Missionschef Walker (ein erfahrener US-Diplomat) Mitte Jänner 1999 erst knapp über 1.000 Verifier, allerdings inklusive der örtlichen Gehilfen.⁴⁵

4.2.2 Operation ‚Adlerauge‘ zur Kontrolle aus der Luft

Bereits unmittelbar nach Unterzeichnung der Vereinbarung begann die NATO, den Truppenabzug aus der Luftperspektive zu überwachen. Nachdem die Kontrolle am Boden mit dem wenigen Personal der KDM nur unzureichend möglich war, erhielt diese Komponente erhöhte Bedeutung. Die Beobachtungen aus beiden Operationen, ob Belgrad sich an das Abkommen halte, bildeten die Entscheidungsgrundlage für das an Milosevic gerichtete Ultimatum (14 Tage zur Erfüllung der Auflagen, ansonst Auslösung der angedrohten Luftschläge). Ende Oktober befand der NATO-Rat, dass Serbien zum Großteil den Vereinbarungen entsprochen hätte, hob aber die ACTIVATION ORDER nicht auf, sondern erhöhte die Warnzeit auf 96 Stunden.⁴⁶

In der Operation ‚EAGLE EYE‘ (‚Adlerauge‘) werden etwa 20 unterschiedliche Aufklärungsflugzeuge sowie unbemannte Flugobjekte (Drohnen) mehrerer Staaten eingesetzt, die von verschiedenen Basen starten. Sämtliche Aufklärungsergebnisse werden geschlossen im dafür eingerichteten Zentrum (‚Kosovo Verification Coordination Centre‘) in Kumanovo (Mazedonien) ausgewertet und bieten ein möglichst lückenloses Bild über Stärke, Dislozierung und Bewegungen sämtlicher im Kosovo operierenden Kräfte.⁴⁷

⁴³ Vgl. APA 512: Ausländischer Druck auf Belgrad und Kosovo-Albaner wächst, 22. 10. 1999.

⁴⁴ Vgl. OSCE Kosovo Verification Mission: Agreement an the OSCE Verification Mission. Internet: <http://www.osceprag.cz/news/agreekos.htm>, 16. 10. 1998.

⁴⁵ APA 538: OSZE räumt Startschwierigkeiten bei Kosovo-Mission ein, 1. 2. 1999.

⁴⁶ APA 621: Vorerst keine Luftschläge gegen serbische Ziele 1, 27. 10. 1998.

⁴⁷ Vgl. APA 512: Ausländischer Druck auf Belgrad und Kosovo-Albaner wächst, 22. 10. 1998 sowie NZZ 19. 1. 1999: Die NATO als Rettungsanker der OSZE in Kosovo, S. 3

4.2.3 NATO-Eingreiftruppe in Mazedonien

Außerhalb der mit Milošević getroffenen Vereinbarung entschloss sich die NATO, als Krisenreaktionsinstrument eine Spezialtruppe zu formieren, die ausschließlich der Evakuierung von Angehörigen der OSZE-Mission dienen und keinerlei Interventionscharakter aufweisen soll. Diese sogenannte „Extraction Force“ (kurz X-Force) rekrutiert sich ausschließlich aus europäischen NATO-Mitgliedsstaaten, soll im Endausbau ca. 1.700 Mann umfassen und ist in Mazedonien stationiert. Frankreich hat die Rolle der Führungsnation und stellt mit 900 Mann das Gros des Verbandes, der direkt dem NATO-Oberbefehlshaber untersteht.

Das Einsatzspektrum umfasst grob drei Szenarien und reicht von einem a) Einsatz bei gradueller Zunahme bewaffneter Zwischenfälle und einer Evakuierung in einem relativ friedlichen Umfeld über einen b) Einsatz bei direkten Übergriffen in einem begrenzten Gebiet bis zu einer c) vollständigen Bergung aller OSZE-Beobachter aufgrund von Kampfhandlungen im Kosovo. Für dieses "worstcase"-Szenario ist an eine Verdoppelung der eingesetzten Kräfte gedacht, was in etwa der Größenordnung einer Brigade entspräche.⁴⁸

Zu Beginn der Mission vertrat das französische Verteidigungsministerium die Auffassung, dass Geiselnbefreiung eine Aufgabe jedes betroffenen Staates und nicht der Extraction Force sei.⁴⁹ Eine interessante Feststellung, die Aufsehen erregte und rasch von der NATO-Zentrale dementiert wurde. Sie stellte klar, dass der Schutz der OSZE-Angehörigen "allumfassend" sei.⁵⁰

Belgrad erklärte unmißverständlich, dass bereits die Installierung dieser Truppe als ‚kriegerischer Akt‘ gegenüber Jugoslawien gewertet werde und versuchte, Druck auf die neugewählte Regierung Mazedoniens auszuüben.⁵¹ Damit sollte die Zustimmung dieses Landes zur Stationierung verhindert werden. Erfolglos, wie der Beschluss der Regierung⁵² und das erste Eintreffen von Soldaten in Skopje Anfang Dezember zeigten.⁵³

Bei der Extraction Force handelt es sich um ein rein reaktives Kriseninstrument der NATO, das über keinerlei Konfliktsteuerungskapazitäten verfügt. Die Schwelle zu einem Einsatz dürfte sehr hoch liegen und erfordert zudem den Konsens von NATO und OSZE.

4.2.4 ‚Activation Order‘ der NATO unverändert aufrecht

Bei all den Realisierungsschritten wurde von Seiten der NATO mehrfach darauf hingewiesen, dass die mit 13. 10. 1998 erteilte Activation Order nicht aufgehoben, sondern lediglich ihre Aktivierungsfrist auf 96 Stunden angehoben wurde.⁵⁴ Somit kann ohne weitere aufwendige und mühsame interne Konsensfindung innerhalb relativ kurzer Zeit jenes Drohpotential wieder aufgebaut werden, das Milošević Mitte Oktober 1998 zum Einlenken bewegte. Allerdings bedeutet dies nicht, dass dadurch eine tatsächliche militärische Intervention wahrscheinlicher wird.

4.3 Kräftekonstellation und Auswirkung des internationalen Krisenmanagements auf die Konfliktparteien

4.3.1 Stärke der Kräfte/Auswirkungen auf Serbien

In Einhaltung der vereinbarten Truppenreduktion kann die Gesamtstärke der jugoslawischen/serbischen Militär- und Sicherheitskräfte Anfang Dezember 1998 mit mindestens 25.000 Mann angenommen

⁴⁸ FAZ 19. 11. 1998: Einsatz in Mazedonien kostet 22 Millionen Mark, S. 7.

⁴⁹ Vgl. APA 547: Kosovo-Truppe wird bei Geiselnahme von Beobachtern nicht eingreifen, 10. 12. 1998.

⁵⁰ Vgl. APA 607: NATO: Eingreifen bei Geiselnahme gehört zu Aufgaben der Kosovo-Truppe, 10. 12. 1998.

⁵¹ Vgl. APA 337: Belgrad warnt Mazedonien wegen Stationierung Extraction Force, 15. 11. 1998.

⁵² Vgl. Die Presse 3. 12. 1998: OSZE vor ihrer Nagelprobe: Bisher gefährlichste Mission im Kosovo, S. 6.

⁵³ Vgl. FAZ 7. 12. 1998: NATO-Soldaten in Mazedonien eingetroffen, S. 1.

⁵⁴ Vgl. APA 143: NATO besorgt über Wiederaufflammen der Gewalt im Kosovo, B. 12. 1998.

werden. Die Rücknahme von Kräften aus dem Kosovo, allerdings ohne vollständige Rückführung in ihre Heimatgarnisonen, sondern deren teilweise grenznahe Bereitstellung ermöglicht jederzeit eine rasche Verstärkung in den Kosovo.

Während ein Teil der Kräfte zur Grenzsicherung herangezogen wird bzw. an drei neuralgischen Verkehrsknotenpunkten kompaniesterke (ca. je 150 Mann) und zahlreiche weitere kleinere Kontrollpunkte unterhält, wird die Masse des Personals in Kasernen oder Lagern bereitgehalten und für Bewachungsaufgaben eingesetzt.⁵⁵

Die zunehmende Präsenz von OSZE-Überwachern schränkt zweifelsohne den Handlungsspielraum der serbischen Kräfte massiv ein. Zum einen kann vor Ort eine wesentlich bessere Bestandsaufnahme der tatsächlich vorhandenen Militär- und Sicherheitskräfte erfolgen. So kam es internationalen Beobachtern zufolge in letzter Zeit wieder zu einer beträchtlichen Verstärkung vorhandener Potentiale. Ein Zustand, der auf Dauer nicht verborgen bleiben kann und zu Reduktionsforderungen von Seiten der Staatengemeinschaft und der Kosovo-Albaner führen wird.

Zum anderen ereignen sich nunmehr sämtliche Vorkommnisse vor den Augen der internationalen Gemeinschaft – ohne Möglichkeit einer einseitig-verzerrenden Darstellung und Interpretation. Die moralische Wirkung und der daraus erwachsende Druck auf Serbien als staatlicher Akteur ist nicht zu unterschätzen. Zudem erzeugen diese Projektionen auch in der Gesellschaft der Staatengemeinschaft Druck auf die politischen Akteure, was zu einem Absinken der militärischen Interventionsschwelle führen könnte.

Die verbesserte Kontrolle getroffener Vereinbarungen und das Anprangern von deren Nichteinhaltung kann ebenso zu einer erweiterten internationalen Diskreditierung führen; auch in den Augen derer, die bisher eine proserbische Position eingenommen haben.

Mit der angesprochenen Internationalisierung wird sich daher insgesamt der Druck auf die serbische Führung verstärken, je näher die Verifikationsmission ihrer nach unten revidierten Sollstärke von 1.600 kommt.⁵⁶ Daraus lässt sich ein nicht unerheblicher Zeitdruck auf Serbien ableiten, sollte der bisherige gewaltsame Konfliktlösungsansatz weiterverfolgt werden. Ein offensives operativ-taktisches Vorgehen dürfte infolge der nunmehr gegebenen Transparenz zunehmend erschwert sein.

Möglicherweise liefert die Präsenz der OSZE-Mission Serbien aber unter dem Aspekt der Schutzverantwortlichkeit eine Argumentationslinie für massive und energische Vergeltungsschläge gegenüber der albanischen Bevölkerung, wenn Anlassfälle – aus serbischer Sicht – dies erforderlich erscheinen lassen. Allgemein befürchtet wird zudem die Möglichkeit von Geiselnahmen und Racheakten durch reguläre oder irreguläre serbische Kräfte. Damit gekoppelte Erpressungsversuche könnten schlagartig zu einem Szenario führen, das – wie aus dem Bosnienkonflikt bekannt – vermutlich in einer massiven internationalen Intervention enden würde.

4.3.2 Stärke der Kräfte/Auswirkungen auf die UÇK

Am Anfang dieser Beurteilung ist erneut festzuhalten, dass die albanische Seite nicht in die Verhandlungen eingebunden war. Sie erhielt zwar Zugeständnisse, machte aber keinerlei verbrieft Zusagen. Vor allem die UÇK wird deshalb von internationaler Seite als großer Unsicherheitsfaktor gesehen.⁵⁷

Das Zustandekommen des Abkommens geschah in einer für die Befreiungsbewegung äußerst kritischen Phase. Das Stoppen der serbischen Angriffe bewahrte dabei der UÇK eine Grundsubstanz die ihr ermöglichte, fast unmittelbar nach Rückzug der Sicherheitskräfte operativ wieder offensiv zu werden. Sämtliche Maßnahmen, die den serbischen Handlungsspielraum einengen (siehe oben), verbessern fast zwangsläufig die Situation der albanischen Kämpfer. Die vollinhaltliche Umsetzung des Abkommens brächte zudem Vorteile, da die gemäß Erklärung der serbischen Regierung zugesagte Straffreiheit bzw. Strafmilderung auch der albanischen Seite zugute kommen müsste.

Die angestrebte Internationalisierung ist erreicht, wenn sie auch unter einer militärischen Intervention blieb und die präsentierten politischen Lösungsansätze derzeit unvereinbar mit den kosovo-albanischen

⁵⁵ Vgl. FAZ 27. 10. 1998: Brüssel hält Druck auf Belgrad aufrecht, S. 1.

⁵⁶ Vgl. NZZ B. 1. 1999: Weniger OSZE-Beobachter in Kosovo als angekündigt, S. 5.

⁵⁷ Vgl. Die Presse 21. 10. 1998: Petritsch: Die Kosovo-Albaner müssen aus ihrer Opferrolle heraustreten, S. 4.

Vorstellungen scheinen. Dass die Verifikatoren zwangsläufig auch Einblick in die Aktivitäten und Vorgangsweise der Widerstandsbewegung gewinnen, erscheint dabei vorerst von geringerer Bedeutung. Auch die ständig wiederholte internationale Forderung nach Gewaltverzicht erscheint marginal, wenn der Gegner den Anlass zu eigenem Handeln liefert bzw. die Undurchschaubarkeit der Widerstandsstruktur der Staatengemeinschaft wenig Ansatzmöglichkeit bietet.

Zweifellos nutzt die Befreiungsarmee die ‚Verschnaufpause‘, ihre Position in vielen Bereichen zu verbessern. Solange die internationale Gemeinschaft ihrer Kontrolltätigkeit nachgehen und Serbien von weiteren massiven Aggressionen abhalten kann, erlaubt dies der UÇK fast ungestört ihren Aktivitäten nachzugehen. Ein rasches Wiederaufflammen der Kämpfe scheint daher nicht in ihrem Interesse zu sein.

Stärkemäßig kann man davon ausgehen, dass der ursprünglich kleine (wenige Hundert umfassende) harte Kern der UÇK immens angewachsen ist. Der Zulauf hält an, der Gesamtumfang dürfte bereits deutlich über 10.000 Waffenträgern liegen, die in militärischen Grundstrukturen organisiert sind. Schätzungen zufolge soll die UÇK mit Frühjahr 1999 in der Lage sein; 50.000 bis 70.000 Kämpfer mit Waffen und Munition auszustatten.⁵⁸ Wie weit dabei auch von einer Qualitätssteigerung der Waffensysteme ausgegangen werden kann bleibt fraglich. Allerdings gibt es Anzeichen, wonach moderne tragbare Panzer- und Fliegerabwehrsysteme, aber auch Minen und Spezialgewehre (z.B. Barrett Hochpräzisionsgewehre mit großer Reichweite und Durchschlagsleistung aus US-Produktion) vermehrt beschafft werden.⁵⁹ Eine Erhöhung der Panzerabwehrkapazität durch Panzerabwehrlenk Waffen mit einer Reichweite von 2.000 Meter wäre eine enorme Bedrohung für die serbischen Kräfte, die ihren Kampf zum überwiegenden Teil auf mechanisierte Kampffahrzeuge abstützen.

Die zunehmende Strukturierung und Präsenz der UÇK könnte sich für sie allerdings auch negativ auswirken. Die Widerstandsbewegung bietet mit ihren teilweise ausgebauten Stellungen und Massierungen klare militärische Ziele, die ebenfalls mit Luftschlägen bedroht werden können. Damit wäre die Staatengemeinschaft in der Lage, Forderungen an beide Konfliktparteien mit der Androhung von Waffengewalt zu verstärken.

⁵⁸ Vgl. Kusovac, Z.: Kosovo anticipates a Serbian swan song. In: Jane's Intelligence Review, January 1999, S.14.

⁵⁹ Vgl. Kusovac, Z.: Kosovo anticipates a Serbian swan song. In: Jane's Intelligence Review, January 1999, S.13.

5. Optionen des internationalen Krisenmanagements

5.1 Vorbemerkung

Es ist nicht zu erwarten, dass die Konfliktparteien derzeit von ihren politisch-strategischen Zielsetzungen abgehen. In Anbetracht der aktuellen Situation Anfang 1999 und bisheriger Vermittlungsansätze lassen sich daher drei deutlich abgrenzbare Optionen ableiten. Gemeinsame Prämisse jeder dieser Möglichkeiten ist, dass die internationale Gemeinschaft von den bisher vertretenen Positionen nicht wesentlich abweicht. Geht man daher von einer Unveränderbarkeit der Grenzen und einem Verbleib des Kosovo im jugoslawischen Staatsverband als Junktum aus, stehen aus Perspektive der Staatengemeinschaft folgende drei Handlungsoptionen zur Wahl:

- Fortsetzung des bisherigen Dialoges ohne Interventionsbereitschaft
- Proaktive Verhandlungen inklusive Interventionsbereitschaft auf niedriger Schwelle und Einsatz von Friedenskräften
- Massive Intervention als Voraussetzung für oktroyierte Friedensverhandlungen mit starker Präsenz auf unbestimmte Zeit

5.2 Beurteilung der Optionen

5.2.1 Fortsetzung des bisherigen Dialoges ohne Interventionsbereitschaft

Alle Bemühungen der Balkan-Kontaktgruppe, der Sondervermittler der EU sowie der USA und sonstiger Akteure zeigen, dass sich die Ereignisse ausschließlich durch Verhandlungen entweder überhaupt nicht oder bestenfalls marginal beeinflussen lassen. Auch die Existenz der OSZE-Mission kann bisher das Verhalten der Konfliktparteien nicht wirklich steuern, obschon sie in kleineren Vermittlungsversuchen bereits erfolgreich in Erscheinung trat.

Die Verfolgung einer ausschließlich indirekten Strategie ohne Einbringen einer neuen Komponente bedeutet daher eine Fortsetzung des Status quo mit zunehmender Radikalisierung auf beiden Seiten. Während in diesem Szenario der Faktor Zeit eher gegen die serbischen Einsatzkräfte wirkt, gewinnt die UÇK mit jedem Tag an Stärke und Struktur. Trotzdem besteht noch auf Dauer ein enormes Ungleichgewicht zu Ungunsten der UÇK.

Die regulären jugoslawisch-serbischen Verbände von Polizei und vor allem Militär verfügen über operativ-taktische Kapazitäten, welche ihrer Führung eine langdauernde Fortsetzung der Kampfhandlungen gewährleistet. Um aber den Negativfolgen der zunehmenden Internationalisierung vorzubeugen, erscheint die weitere Intensivierung der Kampfhandlungen daher nicht erst im Frühling – wie oftmals vermutet –, sondern schon früher wahrscheinlich.

Die Widerstandsbewegung ist vermutlich bereits jetzt (Jänner 1999) in der Lage, große Teile des Kosovo mit subversiven Kampfhandlungen – vorgetragen von vielen Kleingruppen – zu überziehen. Wie weit sie gewillt und fähig ist, wiederum konventionelle Verfahren zu versuchen sei dahingestellt. Es ist aber anzunehmen, dass die Lehren aus den Schlappen des Vorjahres gezogen wurden und der Kleinkriegstaktik der Vorrang eingeräumt wird.

Sollten daher die serbischen Säuberungsaktionen progressiv fortgesetzt werden (wovon ausgegangen werden kann) und von internationaler Seite kein aktives Eingreifen zu erwarten sein, könnte die UÇK ihrerseits mit unzähligen koordinierten Kommandoaktionen (Überfall, Geiselnahme, Hinterhalt u.ä.) den Druck auf die serbische Regierung und Milosevic erhöhen. Dabei kann es auch zum Einsatz stärkerer Infanterie-Formationen (Kompanie, Bataillon) kommen. Gleichzeitig würde damit aber auch der serbischen Argumentation Vorschub geleistet, die Spirale der Gewalt drehte sich rasant nach oben.

Leidtragender der Kampfhandlungen wäre wieder die Zivilbevölkerung des Kosovo, wie die täg-

lichen Bilder von Flüchtenden bestätigen. Die Zunahme des Leidensdruckes wird möglicherweise von der Führung des albanischen Widerstandes bewusst in Kauf genommen. Wie eine Untersuchung der US Information Agency (USIA) belegt, sind 94% der Kosovo-Albaner bereit, für die Erreichung ihrer Ziele auch zu sterben.⁶⁰ Und 98% der Albaner akzeptieren ‚keine andere Lösung als Souveränität‘, während sich die Kosovo-Serben überwiegend für die Abschaffung jeglicher albanischer Autonomie aussprechen.⁶¹ Neben einer Verhärtung der Fronten käme es sicher wieder zu massiven Flüchtlingsströmen, die diesmal vermutlich nicht mehr im Landesinneren verblieben, sondern ihr Heil im Ausland suchten. Der dadurch entstehende Handlungsbedarf auf internationaler Seite würde die sattsam bekannte Diskussion und Auseinandersetzung abermals anheizen, ohne der Problemlösung näher zu kommen.

Die Präsenz internationaler Hilfsorganisationen und der OSZE-Mission macht aber auch eine Entwicklung wie in Bosnien denkbar, wo zunehmende Aggression der bosnischen Serben und Provokation gegenüber der Staatengemeinschaft zu verstärktem militärischen Engagement der NATO geführt hatte. Der intensive Einsatz militärischer Macht von Seiten des Westens hatte letztlich die Basis zur Unterzeichnung des Vertrages von Dayton geschaffen, der Weg dahin war allerdings sehr lang und leidensvoll.

5.2.2 Proaktive Verhandlungen inklusive Interventionsbereitschaft auf niedriger Schwelle und Einsatz von Friedenskräften

Die bisherigen Mißerfolge in den Vermittlungsversuchen könnten auf internationaler Seite dazu führen, eine aktivere Position unter Inkaufnahme von limitiertem Gewalteininsatz zur Durchsetzung politischer Zielvorstellungen einzunehmen. Luftschläge wären der Übergang zu einer direkten Strategie, eine wesentliche qualitative Veränderung im internationalen Engagement. Während bislang nur gegenüber Serbien eine Drohhaltung eingenommen worden war, ermöglicht das Erstarren der U(K und ihr offenes, konzentriertes Auftreten, im Falle der Missachtung von Vereinbarungen auch ihr gegenüber Militäranschläge anzudrohen. Die rigorose Kontrolle ihrer Nachschublinien zu Land und zur See bietet ebenfalls ein denkbare Einschreiten von internationaler Seite, um die Befreiungsbewegung an den Verhandlungstisch zu bringen und ihr Zugeständnisse abzurufen. Ob damit ein Meinungsumschwung in der kosovo-albanischen Bevölkerung durch Wegnahme des Leidensdruckes erzielbar wäre, hängt in diesem Fall maßgeblich von den bietbaren Sicherheitsgarantien ab.

Damit könnte es der Staatengemeinschaft gelingen, tatsächlich die Rolle eines gestaltenden Akteurs einzunehmen, dessen Äquidistanz zu den Konfliktparteien ein allseits akzeptables Verhandlungsklima schafft.

Um die Entschlossenheit zu diesem Vorgehen zu demonstrieren könnte es vonnöten sein, erforderliche Kraftakte militärischer Art zu setzen. Nach Klarstellung bestimmender Positionen und Aufzeigen von Fehlverhalten nach beiden Seiten könnte dies beispielsweise die Bekämpfung ausgewählter, einzelner Ziele durch Luftschläge sein. Dabei ginge es weniger um die Vernichtung von Schlüsseleinrichtungen, als um eine Stärkedemonstration, schlicht ‚show of force‘, die das gesamte serbische Territorium einbeziehen könnte.

Diese Vorgangsweise verhinderte einerseits den Vorwurf der Parteilichkeit und sollte die Konsensfindung innerhalb der Staatengemeinschaft erleichtern, andererseits könnte dieses Verhalten auf erhöhte Akzeptanz innerhalb der serbischen und albanischen Bevölkerung stoßen, was den politischen Handlungsspielraum der jeweiligen Akteure innenpolitisch vergrößerte.

Die Verfolgung dieses Lösungsansatzes hätte gleiche Auswirkungen auf die serbische wie auf die albanische Seite. Demnach würde die Nichteinhaltung von Vereinbarungen oder von Vorgaben internationaler Seite aufgezeigt und gezielt sanktioniert. Der OSZE-Mission käme in diesem Fall die heikle Rolle eines ‚Schiedsrichters vor Ort‘ zu, der im schlechtesten Fall von beiden Parteien als Gegner ein-

⁶⁰ Vgl. Oschlies, W.: Kosovo '98 (II): Breitenwirkung und (mögliche) Lösungen des Konflikts. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 21-1998, S.17.

⁶¹ Vgl. Ciric, A: Beda je zajednicka (Das Elend ist gemeinsam). In: Vreme, 21. 3. 1998, S. 10. Zit. bei: Oschlies, W.: Kosovo '98 (II): Breitenwirkung und (mögliche) Lösung des Konflikts. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 21-1998, S.17.

gestuft und zum Ziel von Vergeltungsschlägen werden könnte. Bei erhöhter Gefährdung verbliebe die Option der Evakuierung.

Auf Basis eines Waffenstillstandes oder Friedensvertrages und mit Zustimmung der Konfliktparteien wäre dann die Implementierung einer Friedenstruppe möglich, welche die derzeitige OSZE-Mission ergänzen könnte. Dauer und Stärke der internationalen Treppenpräsenz hinge dabei von den politischen Fortschritten ab. Das Offenhalten des endgültigen Status des Kosovo über einen zu bestimmenden Zeitraum müsste vermutlich eine wesentliche Voraussetzung in der Verfolgung dieser Option sein.

5.2.3 Massive Intervention als Voraussetzung oktruiertes Friedensverhandlungen mit starker Präsenz auf unbestimmte Zeit

Als politisch und militärisch intensivste Option des internationalen Krisenmanagements verbleibt die Möglichkeit einer massiven Intervention, die mit Luft- und Bodenoperationen erfolgen müsste. Luftschläge allein können zwar enorme Zerstörungen anrichten, die Kämpfe am Boden sind damit aber nicht zu stoppen. Sie könnte dann zum Tragen kommen, wenn keine der Konfliktparteien zum Einlenken bereit ist und jede die Lösung des Problems in weiteren Kampfhandlungen sucht.

Auch in diesem Fall müsste sich die Intervention grundsätzlich gegen beide Konfliktparteien richten, um den Anschein der Unparteilichkeit zu erzielen. Sollte die Intervention einseitig gegen Serbien gerichtet sein, wäre das ein eindeutiger Angriff und erforderte in letzter Konsequenz von der Staatengemeinschaft die Bereitschaft, Krieg gegen Jugoslawien zu führen.

Die Schätzungen für den Kräftebedarf einer solchen Intervention schwanken zwischen 120.000 und 200.000. Grundsätzlich müssten Interventionskräfte damit rechnen, beide Kontrahenten zum Gegner zu haben. Der stärkere Widerstand wäre allerdings von serbischer Seite zu erwarten, da diese den Verlust des Kosovo abzuwenden hätten, während die Albaner sich eigentlich in einer ‚no loose‘-Situation befänden.

Abgesehen vom enormen Kräftebedarf würde sich die Staatengemeinschaft durch dieses Vorgehen in eine Situation mit enormen Schwierigkeiten und ungeahnten politischen Implikationen manövrieren. Die Missachtung bisher verbindlichen Völkerrechts rüttelte an den Fundamenten der UNO ebenso wie sie das Ergebnis von Dayton in Frage stellte. Die Hemmschwelle ist daher trotz aller gegenteiligen Beteuerungen und des täglich präsentierten Flüchtlingsdramas unverändert hoch.

Sollte die Staatengemeinschaft entgegen bisheriger Aussagen und Forderungen von ihren Positionen abgehen und die Unabhängigkeit des Kosovo als aktuell zu realisierenden Lösungsansatz erachten, ergäbe sich eine grundlegend geänderte Situation. Das Handlungsspektrum der internationalen Gemeinschaft könnte in diesem Fall von einer humanitären über politische und wirtschaftliche bis zur militärischen Unterstützung der albanischen Ethnie reichen. Im militärischen Bereich könnte dabei eine heimliche Aufrüstung, logistische und nachrichtendienstliche Hilfestellung bis zur höchsten Stufe, der direkten Intervention mit internationalen Streitkräften, erfolgen. Somit bleiben wahrscheinlich die Androhung von Luftschlägen oder die Unterstützung/Anerkennung der Kosovo-albanischen Sezessionsbestrebungen die kräftigsten Argumente der internationalen Vermittler.

6. Erfordernisse und Auswirkungen der Optionen

6.1 Fortsetzung des bisherigen Dialoges ohne Interventionsbereitschaft

Die Fortführung des Status quo, also Verhandlungsansätze ohne Bereitschaft zu limitiertem Gewalteininsatz, führt unweigerlich zu einer raschen Ausweitung der Kampfhandlungen und einer Dynamisierung des Konflikts. Die verbesserte Struktur und Bewaffnung der albanischen Befreiungskämpfer befähigt sie, den Widerstand zu intensivieren und den serbischen/jugoslawischen Kräften bedeutsame Verluste zuzufügen. Damit würde vermutlich die letzte Zurückhaltung fallen und eine unabsehbare Gewalteskalation wäre die logische Folge. Neben den Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung geriete dabei der fragile Sicherheitszustand der gesamten Region ins Wanken, ein spill over könnte Mazedonien und Albanien, aber auch Montenegro und Bosnien erfassen.

Zudem ist anzumerken, dass die Situation der NATO ein weiteres Zuwarten als unwahrscheinlich erscheinen lässt. So knapp vor dem 50. Gründungstag und der Präsentation eines neuen strategischen Konzeptes, in welchem Friedenseinsätze von zentraler Bedeutung sein werden, muss die eigene Stärke demonstriert werden, will man nicht in weitreichende Debatten über Glaubwürdigkeit, Sinnhaftigkeit und Existenzlegitimation verwickelt werden.

Demnach erscheint die Verfolgung dieser Option weder im Interesse der Staatengemeinschaft, noch im Interesse der NATO liegen zu können. Die mögliche zunehmende Involvierung der OSZE in die Kampfhandlungen bzw. ihre Handlungssohnmacht gefährdet nicht nur die einzelnen Verifier, sondern stellte die gesamte Mission in Frage. Der Einsatz der NATO-Extraction Force aus Mazedonien könnte schneller notwendig werden als geplant; und zwar in Szenarien, die dessen Lösungskapazitäten übersteigen. Letztlich handelte es sich um die Fortschreibung eines Problems ohne reale Steuerungsmöglichkeit mit progressiver Negativwirkung auf Gesamteuropa.

6.2 Proaktive Verhandlungen inklusive Interventionsbereitschaft auf niederer Schwelle und Einsatz von Friedenskräften

Wie bereits die Vorgänge im Herbst 1998 zeigten, sind politische Vorstellungen der Staaten-gemeinde gegenüber Milošević nur in Verknüpfung mit militärischer Machtprojektion durchzusetzen. Zwischenzeitlich sollte auch klar sein, dass eine Absicherung von Verhandlungsergebnissen nicht allein durch unbewaffnete Verifier erfolgen kann. Soll daher eine unkontrollierbare Gewalteskalation vermieden werden, ist ein politischer Lösungsansatz zu finden, der mit Vehemenz und Konsequenz, vor allem aber möglichst geschlossen gegenüber den Konfliktparteien vertreten und verfolgt wird. Die Durchführung von limitierten Luftschlägen muss dabei zwingend im Handlungsspektrum enthalten sein, um die Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit zu demonstrieren.

Die NATO verfügt in ihrem Zustand des ‚Act Ord‘ mit mehr als 400 einsatzbereiten Flugzeugen und Marschflugkörpern über genügend Kapazitäten, um Luftschläge gezielt und erfolgreich durchführen zu können. In diesem Fall müsste rechtzeitig eine präventive Evakuierung der OSZE-Verifier erfolgen. Die dafür vorgesehene Extraction Force sollte nach gediegener Vorbereitung und Koordinierung mit der OSZE dazu in der Lage sein.

In diesem Lösungsansatz könnte der Eingreiftruppe in Mazedonien eine weitere Aufgabe zufallen. Die Absicherung eines Friedensabkommens erfordert den raschen Einsatz von Militär vor Ort, um eine ähnliche Entwicklung wie im Oktober des letzten Jahres zu vermeiden. Zweifellos wäre dieses – erstmals rein europäische – Kontingent der NATO in der Lage, als Voraustruppe, eventuell bereits verstärkt auf Brigadegröße (wie in Planungen vorgesehen), rasch in den Kosovo einzufließen und die Vorhut für nachkommende Truppen zu bilden. Vor allem aber wäre die Präsenz dieser Soldaten der weithin sichtbare Garant eines internationalen, glaubwürdigen Friedensengagements. Damit könnte nicht nur eine beruhigende Wirkung auf die Bevölkerung ausgestrahlt, sondern in weiterer Folge auch der erforderliche Schutz für Hilfsorganisationen geboten werden.

Letztlich müsste als Konsequenz die Stationierung einer Friedenstruppe in ausreichender Stärke erfolgen, die ähnlich Bosnien den Sicherheitsrahmen für viele Hilfs- und (Re-) Konstituierungsmaßnahmen zu gewährleisten hätte. Die Aufenthaltsdauer der Friedenstruppe wäre abhängig von den im Zuge der Verhandlungen getroffenen politischen Vereinbarungen und deren gesamtheitlicher Akzeptanz. Ihre erforderliche Stärke wird vom NATO-Generalsekretär Solana mit 30.000 angegeben.⁶²

6.3 Massive Intervention als Voraussetzung für oktruierte Friedensverhandlungen mit starker Präsenz auf unbestimmte Zeit

Im Falle des Scheiterns sämtlicher Verhandlungsbemühungen auch unter Durchführung limitierter Luftschläge bleibt als dritte Option, durch eine massive Intervention von Bodentruppen die Kampfhandlungen zu stoppen. Der Kräfteaufwand hierzu wurde im Sommer mit 100.000 Mann angenommen.⁶³ Andere Schätzungen gehen von 120.000 bis 200.000 Mann aus. In Zeiten starker Kräftereduktionen fast aller Heere stellt sich daher primär die Frage nach der personellen Machbarkeit. NATO-internen Planungen zufolge wären dafür Teilmobilmachungen erforderlich. Abgesehen davon erfordert eine Operation dieser Größenordnung entsprechenden Raum und Zeit zur Vorbereitung. Selbst wenn also der Entschluss zu einem Einsatz dieser Dimension fallen sollte, wäre keine unmittelbare Auswirkung vor Ort realisierbar. Zudem würden die Konfliktparteien vermutlich eine rasche Entscheidung noch vor Beginn der Intervention suchen, um klare Verhältnisse zu schaffen und damit die Einmischung möglicherweise abzuwenden.

Die negativen Auswirkungen dieses möglichen Szenarios auf die Bevölkerung der Region vor dem eigentlichen Wirksamwerden einer internationalen Streitmacht wären enorm und würden die der-zeitige Situation vermutlich bei weitem übertreffen. Beim Aufbau eines dergestaltigen Drohpotentials würde jede zivile Hilfe für die notleidende Bevölkerung zum Erliegen kommen, da die Gefahr von Vergeltungsschlägen und Geiselnahmen immens anstiege. Ein weiterer Umstand, der keinesfalls im Interesse der Staatengemeinschaft sein kann.

Sollte dennoch dieses Szenario Realität werden, müssten auch in diesem Fall die OSZE-Beobachter gesamtheitlich präventiv evakuiert werden. Die Extraction Force wäre nur ein kleiner Bestandteil der zu bildenden Streitkraft, allerdings könnte sie bei Bedarf und entsprechender Gliederung für Sondereinsätze noch vor Wirksamwerden der Gesamtstreitmacht Verwendung finden.

Selbst wenn daher weder Option Eins noch Option Zwei zu einem Ende der Kampfhandlungen und einer Normalisierung der Verhältnisse im Kosovo führen, ist die Schwelle zur Realisierung der Option Drei unverändert hoch.

⁶² Vgl. Die Presse 2. 2. 1999: Westen will Frieden auch mit Gewalt durchsetzen, S. 1.

⁶³ Vgl. APA 032: NATO-General: Einsatz im Kosovo würde 100.000 Mann erfordern, 22. 7. 1998.

7. Resümee

Das Beharren der Konfliktparteien auf ihren bisherigen Positionen, vor allem aber die permanente Aufrüstung und Verstärkung auf beiden Seiten lassen eine rasante Eskalation der Kämpfe im Kosovo erwarten, sollte es der Staatengemeinschaft nicht gelingen, rasch einen politischen Dialog zu erzwingen und zu einem Friedensabschluss zu kommen.

In Zusammenschau der bisherigen Ereignisse und Erkenntnisse aus dem Bosnienkonflikt erscheint dabei die Verfolgung der Option Zwei, also die Forcierung politischer Verhandlungen unter Aufbau und Erhalt eines realistischen militärischen Drohpotentials inklusive limitiertem Einsatz als der meist erfolgversprechende und realisierbare Ansatz eines internationalen Konfliktmanagements. Um Akzeptanz zu erzeugen, sollte dabei das Ergebnis der Verhandlungen nicht vorweggenommen werden, sondern der Ausgang offen bleiben. Das erfordert zumindest die Bereitschaft, von einer bisher ausschließlich indirekten Strategie zu Elementen einer direkten Konfliktsteuerung überzugehen.

Letztlich würde dieses Engagement zu einem Protektorat im Kosovo führen, da eine rasche friedliche Einigung und Problemlösung nicht zu erwarten sind. Konflikteskalation wäre demnach eine omnipräsente Gefahr, wenn die Staatengemeinschaft keine präventiven Rahmenbedingungen vor Ort sicherstellen kann. Die Stationierung einer Friedenstruppe zur Implementierung eines Abkommens wird dabei zwingend erforderlich sein. Da sich die bisherige Internationalisierung des Kosovo-Problems dabei zwingend erforderlich sein. Da sich die bisherige Internationalisierung des Kosovo-Problems durch Einsetzung der OSZE-Verifikationsmission zunehmend negativ auf Serbien auswirkt, besteht Zeitdruck, soll eine Eskalation noch während des Winters, spätestens aber mit Frühling 1999 vermieden werden.

Oberst Mag. Walter FEICHTINGER
Hauptlethroffizier und Forscher
an der Landesverteidigungsakademie
Institut für Internationale Friedenssicherung, Wien.